

Das zurückgetretene Kabinett Brüning



Obere Reihe von links nach rechts:
Dr. Brüning (Ressortkraft und
Reichsminister), Schröder (Innenes), Tre-
tinus (Verkehr), Dietrich (Finan-
zen), Joel (Justiz).

Untere Reihe von links nach rechts:
Stegerwald (Arbeit), Schiele (Er-
nährung), Schädel (Post) und
Schlange-Schöninger (Reichskommissar
für die Osthilfe).

dem deutschen Volke immer offen die Wahrheit zu sagen. Das hat er zweifellos getan und das bleibt ein Verdienst, das nicht zu ver-
leugnen ist. Allein aber konnte es nicht genügen. Man kann ein
Volks nicht Jahreslang nur mit Notverordnungen und mit der
Flüchtigkeit rauher Tatsachen abpeilen. Der Staatsmann muss
in der Lage sein, Köpfe und Sinne einer Nation auch mit der
Freude zu ihrem Staat und mit neuem Glauben zu erfüllen,
gegebenenfalls mit der Rührung neuer Visionen zu
pinnen. Das konnte Brüning nicht. Sein mächterner und sach-
licher Sinn stand dem entgegen. Dieser Mangel an Phantasie hat
sich nicht nur in der inneren Politik, sondern auch in den propa-
gandistischen Mängeln der Außenpolitik fühlbar gemacht. Ein an-
deter Mann als Brüning es war, hätte aus der Tatfache, daß die
Nationalsozialisten auf 40 Prozent der Wählerstimme angewachsen
sind, außenpolitisches Kapital zu schöpfen gewußt. Er hätte diese sich
woll gebördende Bewegung auch innenpolitisch für den Staat ein-
spannen können. Keines von beiden ist erfolgt, nur einige Not-
verordnungen gegen die SA, die bald nur noch bedrucktes Papier
seien werden.

Was jetzt kommt, ist schwer abzusehen. Sicher scheint
nur, daß Herr Brüning nicht zu den Männern der neuen Regie-
rung gehören wird. Auch von seinen Kollegen werden nicht viele
in einem künftigen Kabinett zu finden sein. Das Wort „zu-
spät“ steht über vielen seiner Handlungen.

Schwere Aufgaben in schweren Zeiten! Gewiß scheint uns
nur folgendes: mit Parteigefüß (ob von rechts oder von links), sind
Aufgaben der Gegenwart nicht zu meistern. Das mögen sich alle
merken, die sich an dem Rätselroten über Brüning's Nachfolge be-
teiligen. Ein Glück für uns, daß Hindenburg die Verantwortung
für die Ernennung des neuen Kanzlers führt. Ein Mann wie er
wüßt, daß es um Deutschland geht und nicht um parteidoktrinelle
Frage!

Die Berliner Presse zum Rücktritt Brünings

Das „Berliner Tageblatt“ betont, daß die Möglichkeit
einer Reichstagsneuwahl besteht. Brüning sei zurückgetre-
ten, weil der Reichspräsident unter dem Einfluß von Kräf-
ten, die vor allem hinter der Szene gewirkt hätten, andere
Wege gehen wolle, als er sie mit Brüning gegangen sei.
Was er jetzt beginne, sei jedenfalls ein Experiment mit un-
gewissem Ausgang. Die Entlassung Brünings, der ganz
gewiß keinen Einfluss gesteuert habe, könne nur den Sinn
haben, einem ausgeschworenen Regime der Rechten den
Weg zu ebnen.

Der „Angriff“ nennt den Rücktritt die „Folge des
Oberberger Wahlsiegess“. Die Stunde der NSDAP sei
gekommen. Noch habe der Reichstag das Wort. Das
Blatt teilt in diesem Zusammenhang mit, daß Dr. Frick
vom Reichspräsidenten empfangen werde.

Die „D. A. Z.“ meint, daß der Rücktritt erfolgt sei,
weil seit dem politisch unglaublich kurzfristigen Verbot der
SA eine Spannung zwischen Regierung und Reichspräsident
bestanden habe, die gelöst werden müsse. Worauf es
ankomme, sei eine solche Auswahl des neuen Reichskanzlers
und seiner Ministerräte, daß die ehrliche Verücksichtigung
der an die Macht drängenden Volksbewegung der Rechten
offenbar werde. Die Nationalsozialisten müßten endlich
aus der reinen Oppositionstellung herausgeführt und vor
die großen Aufgaben des Staates gestellt werden. Nur auf
diesem Wege könne eine ruhige Konolidierung unserer inneren
Verhältnisse angebahnt werden. Zugleich werde sich
zu zeigen haben, daß die Hitlerpartei unbedingt auf die
Mittelwahl erprobter und angesessener Praktiker der Politik
und des Wirtschaftslebens angewiesen sei.

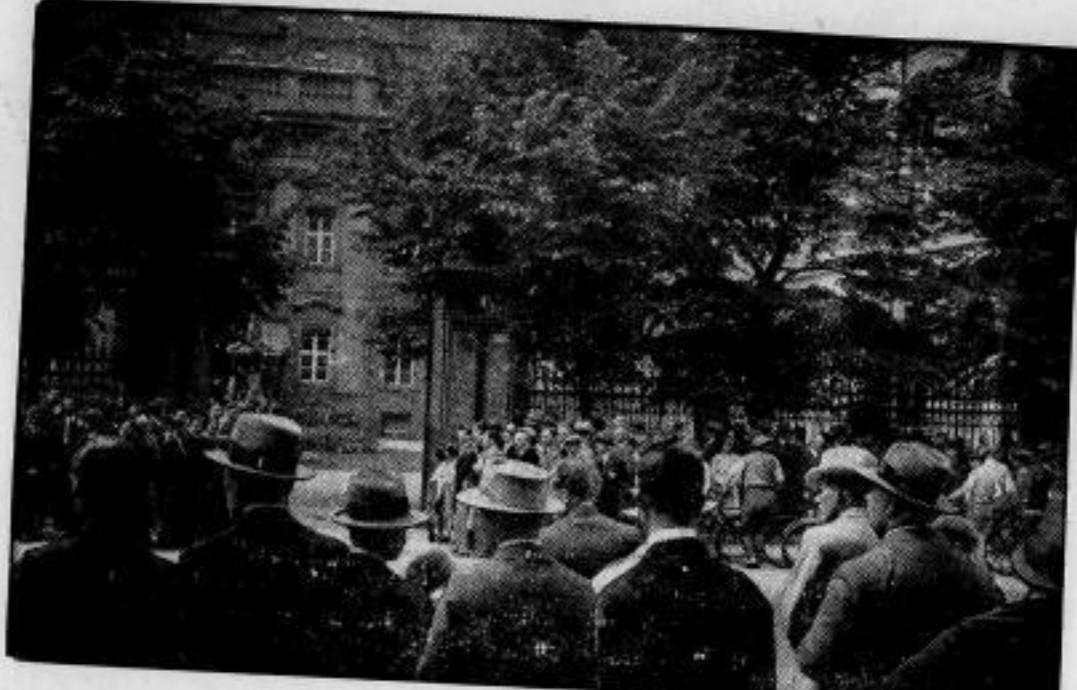
Die „Germania“ sagt, die neue Lage stelle den Reichspräsidenten vor eine außerordentlich schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Die Lage Deutschlands sei jedenfalls so, daß ohne jeden Zeitverlust eine handlungsfähige
Regierung gebildet werden müsse; und man dürfe erwarten,
daß alles geschehe, um dieser lebenswichtigen Forderung
Rechnung zu tragen. Die politischen Konsequenzen, die
sich aus dem heutigen Vorgang ergäben, müßten jedenfalls
in den allerdringlichsten Tagen reiflos gefüllt sein.

Der „Local-Anzeiger“ ist der Auffassung, daß das Ver-
trauensverhältnis, das bisher zwischen Hindenburg und
Brüning bestand, die Grundlage des bisherigen Kabinetts
seit mindestens einem Jahr gebildet habe, nicht mehr vor-
handen sei. Daraus ergäben sich, wenn der Reichspräsident
aus dieser Tatfache wirklich die richtigen Folgerungen ziehe,
politische Auswirkungen, die auf einen völlig System-
wechsel in Deutschland hinauslaufen müßten.

Die „Vossische Zeitung“, die darauf hinweist, daß bei
der Trennung des Reichspräsidenten von seinem Kanzler

Was wird werden?

Ein Stimmungsbild aus
der Wilhelmstraße.
Eine erwartungsvolle
Menge umlagerte den
ganzen Tag das Palais
des Reichspräsidenten,
um neue Nachrichten
über die Kabinettswil-
lung zu erhalten.



ganz entscheidend die Frage der Osthilfe mitgesprochen habe,
meint, Brüning sei nicht datum gefallen, weil er nicht der
Kanzler einer nationalsozialistisch stark durchsetzten Regie-
rung sein wollte. Beschehe man es recht, dann sei Brüning
in erster Linie gar nicht von den Nationalsozialisten gestürzt
worden, sondern eher den ostelbischen Großgrundbesitzern
zum Opfer gefallen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert, daß jetzt die
Lösungen gesucht und gefunden werden müßten, deren Not-
wendigkeiten über Geduld lange geleugnet worden seien.
Zeigt sieb auch vor den politischen Parteien und vor den
politisch maßgebenden Kräften die Verantwortung für die
Neugestaltung der Dinge, zeigt sieb die Opposition ein-
deutig und klar vor der Verantwortung. Was lange und
vergeblich angestrebt worden sei, das könne, das müsse jetzt
vervollbracht werden.

Der „Deutsche“ spricht von einer Politik im Dunkeln,
die einen Kreis aus Großagrariern, Industriellen und „un-
abhängigen“ Persönlichkeiten getrieben habe. Das Streben
der Regierungsführer gehe letzten Endes darauf hinaus,
daß die oft leichtfertig gemachten Schulden der „Großherren“
in Industrie und Landwirtschaft vom armen Volk bezahlt
werden und daß diese Kreise frei von den Lasten dieser
Notzeit bleiben. Das Wort „Alles durch das Volk“ werde
einen neuen Sinn erhalten, wenn die Arbeitnehmer sich
diese bieten lassen.

Der erste Eindruck in London

London, 30. Mai. „Es würde eine Tragödie
allergrößten Ausmaßes sein, wenn Dr. Brüning für-
den und wenn Deutschland in Lautanner die Politik
Hitlers vertreten würde.“ So schrieb heute mittag
noch in einem Leitartikel das Abendblatt „Star“, das
ein paar Seiten weiter in seinem Nachrichtenteil den
Rücktritt des deutschen Reichskanzlers veröffentlicht.
Trotzdem man durch die Meldungen der Morgenpresse
aus Berlin schon etwas auf diesen Rücktritt vorbereitet
war, hatte man doch gehofft, daß er in letzter Stunde
noch verhindert werden könnte. Das Bedauern darüber
ist mit ernsten Besorgnissen für die Zukunft Deutsch-
lands und damit auch des übrigen Europas gemischt.
In einem Berliner Telegramm über den Rücktritt Dr.
Brünings heißt es: Die daraus entstehende Lage ist
von grohem Ernst für Deutschland und muß schwere
Auswirkungen für Europa haben. Sie bedeutet, daß
am Vorabend der Lautanner Konferenz Deutschland in
eine politische Krise allerersten Größen gestürzt wird.

Dr. Goebbels zur Regierungsbildung
Berlin, 30. Mai. Der Berliner Gauler der NSDAP,
Reichstagsabgeordneter Dr. Goebbels, nahm in einer überfüllten
von über 7000 Amtswaltern besuchten Versammlung der Na-
tionalsozialisten zu den neuesten politischen Vorgängen Stellung. Er
kam zu dem Schluß, daß durch den Sturz des Kabinetts der grund-
legende System- und Kurswechsel in Deutschland eingeleitet wor-
den ist. Voraussetzung ist, daß den Nationalsozialisten nunmehr
auch entsprechend dem in allen Wahlen zum Ausdruck gekommenen
Volkswillen die Macht in Deutschland gegeben würde. Demzufolge
sei es notwendig, daß der Reichstag erneut wähle, um so flotte

und eindeutige Machtverhältnisse zu schaffen. Voraussetzung für
diese Wahlen sei aber, daß sämtliche einschränkenden Notverord-
nungen, wie SA-Verbot usw., aufgehoben würden, um so ein un-
beeinflußtes Bild der wahren Volksmeinung in Deutschland zu
bekommen. Weiter wandte sich Dr. Goebbels der Frage zu, wie
nunmehr die Verhältnisse in Preußen gestaltet würden. Hierzu
erklärte er, daß durch die letzten Notverordnungen das Eigentum
der Länder so beschritten worden sei, daß eine Tendenz nur
über das Reich durchgeführt werden könne. Koalitionen könnten
von den Nationalsozialisten nur dann eingegangen werden, wenn
sie die Gewähr hätten, daß die grundlegenden programmatischen
Forderungen der NSDAP zur Ausführung gelangen.

Das Schicksal des Reichshaushalttes

Berlin, 30. Mai. Das zurückgetretene Kabinett
Brüning hat den Haushaltplan für 1932 nicht mehr
endgültig fertigstellen können, denn gerade die Me-
nungenverschiedenheiten über die Dekoration des Reichs-
hauses in diesem Etat haben zum Sturz des Kabinetts
geföhrt. Ein geschäftsführendes Kabinett, wie es die
Regierung Brüning nunmehr ist, kann jedoch nach
parlamentarischem Brauch keine wichtigen Gesetze, also
auch keinen Etat dem Parlament vorlegen. Bis Ende
Juni ist der Haushalt des Reiches gesichert. In der
Zwischenzeit ist jedoch die Neubildung der Regierung
und die endgültige Auflösung eines Haushaltplanes
nicht mehr möglich. In parlamentarischem Kreise
rechnet man daher damit, daß mindestens für einen
Monat ein Übergangsetat notwendig werden wird, der
der geschäftsführenden Regierung oder dem neuen Ka-
binett lediglich die Ermächtigung zur Leistung eines
bestimmten Ausgabentelles des alten Etats gibt.

Marinewache vor dem Reichspräsidentenpalais

Am Gedenntag der Skagerrakschlacht — Sturmische
Kundgebungen

Berlin, 30. Mai. Am Gedenntag der Skagerrakschlacht
wird alljährlich auf besonderen Wunsch des Reichspräsidenten die
ständige Ehrenwache vor dem Präsidentenpalais vor der Reichs-
marine übernommen. In diesem Jahr wird dieser Ehrendienst
von der Belagerung des Linienschiffes Schlesien unter Kommando
des Kapitänsleutnants v. Both ausgeübt. Zum Aufzug der Woche
hatte sich trotz des regnerischen Wetters eine große Zuschauer-
menge eingefunden. Unter Anklängen Spiel marschierte die
Truppe von der Kaserne in Altmoabit über den Platz der Republik
zur Wilhelmstraße. Um Brandenburger Tor erreichte die Begeis-
terung der viertausendköpfigen Menge ihren Höhepunkt. Reichsprä-
sident v. Hindenburg erwartete bereits im Befehl seines Sohnes,
Oberst v. Hindenburg, auf der Vortreppe des Palais die im
Paradeabschluß anrückende Ehrenwache und begab sich nach erfolgtem
Abbildungseremonial zu den Wachsoldaten, um hier an jedem
einzelnen einige persönliche Worte zu richten. Die vor dem Pa-
lais stehende Zuschauermasse brachte immer wieder Hochrufe auf
den Reichspräsidenten aus, in die sich auch vereinzelte Rufe
„Deutschland erwache“ und „Herr Hitler“ mischten. Ein Teil der
Menge marschierte zum Reichsverteidigungsministerium weiter, wo eben-
falls unter großer Anteilnahme des Publikums und stürmischen
Heiteren die Bildung der Reichsmarine durch Marinewa-
cheten erfolgte.